

Dr. (UA) Eugen Litvinov

23. Februar 2016

An den
Vorsitzenden des Integrationsrates
Herrn Tayfun Keltek

An die Geschäftsstelle des Integrationsrates
Herrn Andreas Vetter

Anfrage gem. § 4 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Gremium	Datum der Sitzung
Integrationsrat	29.02.2016

Thema: Neue Perspektiven für Unterbringung von Flüchtlingen

Sehr geehrter Herr Keltek,

Die Anzahl von Flüchtlingen, die nach Köln kommen oder zugewiesen sind, wächst stetig. Laut Statistik des Amtes für Ausländerangelegenheiten der Stadt Köln (s. „5. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation“) kamen in Januar – November 2015 die Stadt mehr als 11.000 Flüchtlinge, die Kommune unterbringen soll. Die räumlichen und finanziellen Kapazitäten der Stadt sind aber fast vollständig ausgeschöpft.

Andererseits wohnen in Köln viele ältere alleinstehende Leute, die relativ große Wohnungen haben, deren Renten aber nicht genug sind, um allein die Mieten im vollen Umfang zu zahlen. Somit sind sie auf die Zusatzleistungen von der Kommune („Wohngeld“) angewiesen.

Manche von diesen Menschen signalisieren ihre Bereitschaft, die Flüchtlinge auszunehmen, und damit ihre finanzielle Lage zu verbessern und auf Zusatzleistungen zu verzichten. Einige Menschen haben bereits auf freiwilliger Basis und unentgeltlich den Flüchtlingen ein Teil von Ihren Wohnungen zu Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wohnen in der Stadt viele Leute, die relativ höhere Einkommen haben und große Wohnungen bzw. Häuser besitzen, die auch aus Wohltätigkeitsgründen bereit sind, die freie Wohnflächen für Unterbringung von Flüchtlingen zu Verfügung zu stellen.

Um diese Unterbringungsmöglichkeit für die in Köln lebenden Flüchtlinge zu eröffnen, bitte ich Sie um folgende Information:

1. Welche humanitären, organisatorischen und finanziellen Ressourcen sind notwendig, um solche Unterbringung von Flüchtlingen zu organisieren und durchzuführen?
2. Ist die Kommune für Übernahme von entstehenden Mietkosten (auf dem Regelsatzniveau) bereit?
3. Ist es möglich, diese „Wohnraumvermittlung“ im Rahmen des gegenwärtigen Auszugsmanagements zu organisieren und zu arrangieren? Welche humanitären, organisatorischen und finanziellen Ressourcen sind in diesem Fall notwendig?

4. Ist die Kommune bereit, ein gemeinsames Projekt mit den in Köln agierenden Wohlfahrtsverbänden zu realisieren? Welche humanitären, organisatorischen und finanziellen Ressourcen werden seitens der Stadt Köln in diesem Fall notwendig?

Mit freundlichen Grüßen

Eugen Litvinov, Dr. (UA)